

## „Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.“ – Kernaussagen des Landtagswahlprogramms

Wir wollen, dass sich mehr Menschen entscheiden, Sachsen-Anhalt als ihren Lebensmittelpunkt zu wählen und zu behalten. Das heißt Sicherheit und nicht Abbau der öffentlichen Grundversorgung – nicht nur in ländlichen Regionen. Das heißt Kurswechsel in der Wirtschaftsförderung hin zu Kriterien der Nachhaltigkeit und Mitbestimmung. Das heißt Personalplanung im Landesdienst, die sich am realen Bedarf und nicht an Gutachterkennziffern orientiert. Das heißt Stärkung der Demokratie und gerechte Finanzierung. Der kommunale Finanzausgleich braucht eine Reform. Das bestehende System macht sämtliche Bemühungen der Kommunen, ihre Haushalte zu konsolidieren, zunichte. Wir wollen eine Bemessung an den Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen und eine den Aufgaben folgende Verbundquote ermitteln.

### Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Wir kämpfen gegen die Schrumpfung der öffentlichen Daseinsvorsorge hin zu Verteidigung und Ausbau. Das heißt Sicherung des Öffentlichen Personennahverkehrs und Förderung eines kostenfreien Schülertickets für die Klassen 11, 12 und 13.

Wir wollen mit dem neuen Berufsbild des Arztassistenten und der Förderung von Landambulatorien und Bereitschaftspraxen an den Krankenhäusern die medizinische Versorgung vor allem in strukturalarmen Regionen sichern.

### Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Menschen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes tragen, kommen nur hierher, wenn sie ein gutes und attraktives Alltagsnetz für sich und ihre Familien vorfinden – und nicht, weil sie früher aufstehen müssen. Wir wollen die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes besser ausschöpfen, Bildungs- und Kulturangebote verstärken, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe ausbauen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir an die Tariftreue der Unternehmen und eine Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Arbeitsstunde koppeln. Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen muss deutlich beschleunigt werden. Wir wollen ein neues Programm der öffentlich geförderter Beschäftigung auflegen, das die guten Erfahrungen der Bürgerarbeit mit besseren Arbeitsbedingungen verbindet: „Gemeinwohlarbeit“, freiwillig und voll versicherungspflichtig.



Foto: privat;  
Ministerpräsidentenkandidat Wulf Gallert

### Inklusive Bildung, mehr Personal in Bildung und bei Öffentlicher Sicherheit

Die Personalplanung des Landes muss wieder an Realitäten festgemacht werden, der Abbau vor allem von Lehrerstellen und Polizisten muss gestoppt werden. Um die Unterrichtsversorgung, inklusive Bildung und ein gutes Schulnetz zu gewährleisten, halten wir einen Gesamtbestand von 14 300 Vollzeitlehrerstellen für notwendig. Wir stehen vor der schweren Aufgabe, mehr Lehrer als uns altersbedingt verlassen für die Arbeit an den Schulen in unserem Land zu gewinnen.

Die Ausbildungskapazitäten von Polizistinnen und Polizisten müssen erhöht werden. Eine gelungene Polizeireform muss Präsenz der Beamten in der Fläche sichern.

### Anderer Politikstil

Wir wollen mehr Geschlechtergerechtigkeit und streben ein Kabinett und Hochschulberufungen mit 50 Prozent Frauenanteil an. In der Verwaltung wollen wir anonymisierte Bewerbungsverfahren durchsetzen.

Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen wollen wir auf 14 Jahre senken. Migrantinnen und Migranten sollen das Wahlrecht erhalten.

Mit unserem Kulturfördergesetz wollen wir die Entscheidungsbefugnisse weg von der Ministerialbürokratie über Fachbeiräte in die Hände der Kreativen geben. Über die Bildung von Kulturregionen sollen gemeinsam solidarisch die Einrichtungen finanziert werden.

### Integration und Teilhabe für alle

Flucht und Zuwanderung ist für uns ein Gerechtigkeitsthema. Die Menschenrechte sind universell. Wir streiten für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und

West, Stadt und Land und unbesehen von der Herkunft des Einzelnen. Dezentrale Unterbringung bleibt das Ziel einer menschenrechtsorientierter Asylpolitik. Auch in der momentanen Situation sind dabei Ressourcen für besonders schutzbedürftige Gruppen, alleinreisende Frauen und Kinder, Familien sowie LSBTI-Flüchtlinge zu beachten. Die Lebenssituation für die zu uns Kommenden wollen wir entbürokratisieren und praxistauglicher machen, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und die Zusammenfassung der fachlich zuständigen Verwaltungsstellen in den Kommunen in einer Servicestelle Einwanderung/Integration.

Menschen im Asylverfahren sollten nach einer Zeit des Ankommens und Orientierens ihren Wohnort innerhalb Sachsen-Anhalts frei wählen können. Die Erstaufnahmeeinrichtungen und andere Gemeinschaftsunterkünfte dürfen sich nicht zu Verwah- und Endstationen in der deutschen Asylgesetzgebung entwickeln.

### Inhalt:

Seite 1

„Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.“ – Kernaussagen des Landtagswahlprogramms

Seite 2

Die Menschen von einer besseren Politik überzeugen – Interview mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Seite 3

Stopp TTIP, CETA und CITA

Großdemo gegen TTIP und CETA

Seite 4

Neuer Kreisvorstand gewählt

Seite 5

Die Welt ist aus den Fugen

TTIP-Veranstaltung zusammen mit der IG Metall

Seite 6

Vorläufige Auswertung des Mitglieder- und Finanzbereiches für die Regionen des Salzlandkreises

Erstes Frühstück mit LINKS in Staßfurt

Seite 7

Manfred Bölke ist neuer Vorsitzender der LINKEN Saale-Wipper

Zu Besuch bei Freunden

# Die Menschen von einer besseren Politik überzeugen

## – Interview mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

*Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, die beiden frisch gewählten Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, sprachen am 13. Oktober 2015 bei der Bundespressekonferenz über ihre neue Aufgabe, die Flüchtlingskrise, ungeheuren Reichtum und wachsende Armut*

**Nach dem Rückzug von Gregor Gysi führen Sie beide die Fraktion. Was wird in der Arbeit der Fraktion durch die neue Doppelspitze anders?**

**Sahra Wagenknecht (S.W.):** Jeder hat seinen eigenen Stil, aber das Wahlprogramm bleibt natürlich unsere gemeinsame Grundlage. Wir wollen weniger gesellschaftliche Ungleichheit und die Rückkehr zu einer friedlichen Außenpolitik. Im Sinne dieser Schwerpunkte wollen wir die Fraktion stärker strategisch führen und unterschiedliche Positionen besser integrieren.

**Dietmar Bartsch (D.B.):** Nun steht an der Spitze ein Zweierteam und wir möchten, dass die gesamte Fraktion ihr Mannschaftsspiel verbessert. Wir wollen noch besser zeigen, wie wir Alltagsprobleme der Leute aufgreifen und dann Vorschläge machen, die ihr Leben verbessern.

**Am 5. September 2015 hat Bundeskanzlerin Merkel die Grenzen für Flüchtlinge, die in Ungarn unter schockierenden Bedingungen festhingen, geöffnet. Wie bewerten Sie diese Entscheidung?**

**D.B.:** Die Kanzlerin verweigert sich dem Wettlauf der Unfreundlichkeit. Das ist gut. Sie muss jetzt endlich dafür sorgen, dass Fragen wie Abrüstung, Ernährung oder Klimaentwicklung angepackt werden. Durch die Flüchtlingsbewegung müssen wir vor unserer Haustür mit Konsequenzen der Weltpolitik fertig werden. Deutsche Politik sollte der Erfahrung Rechnung tragen, dass hinter geschlossenen Grenzen keine offenen Gesellschaften wachsen können. Auch nicht innerhalb einer Festung Europa.

**Inwiefern werden die vielen Flüchtlinge Deutschland verändern?**

**S.W.:** Unsere Gesellschaft wird jünger und vielfältiger werden, alles andere ist schwer vorzusagen. Es hängt von der Gestaltung der Integration ab. Wir brauchen jetzt in Deutschland Investitionen in günstigen Wohnraum, eine moderne Infrastruktur sowie hunderttausende Arbeitsplätze in Bildung, Gesundheit und Pflege. Dann wäre Integration ohne soziale Verwerfungen möglich und wir könnten in den nächsten Jahren einen Wachstumsschub erleben. Aber wenn die große Flüchtlingsanzahl dazu missbraucht wird, um den Mindestlohn auszuhöhlen und So-



*Foto: privat,  
Das neue Führungsduo der Linksfraktion im Bundestag*

zialkürzungen durchzudrücken, wenn der Bund die Kommunen im Stich lässt, dann sehe ich schwarz.

**Die Aufnahme der Flüchtlinge kostet Geld. Viele Menschen im Land fragen sich: Woher soll das Geld kommen, wenn es nicht woanders gestrichen oder über Steuern eingetrieben wird?**

**S.W.:** Was spricht gegen höhere Steuern für die Superreichen? Allein die 500 reichsten deutschen Familien besitzen ein Vermögen von über 600 Milliarden Euro – hier gäbe es eine Menge zu holen. Deshalb fordert DIE LINKE die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer. Damit die extrem wichtigen Investitionen sofort getätigt werden können, fordern wir außerdem eine sofortige Anschubfinanzierung über die Europäische Zentralbank.

**D.B.:** Die von Sahra benannten Defizite gab es bereits, bevor die Flüchtlinge zu uns kamen. Wird das nicht in Ordnung gebracht, zerstören wir die Chancen künftiger Generationen. Trotzdem ist Schäuble auf seine „schwarze Null“ fixiert. Dabei muss es am Geld nicht scheitern. Aber es wird nicht dort abgeholt, wo es sich durch die ungerechte Verteilung extrem konzentriert hat. Daher sitzen viele Kommunen auf dem Trockenen und der Hartz IV-Regelsatz steigt zum 1. Januar 2016 um sage und schreibe 5 Euro

**Bei aller Willkommenskultur: Muss DIE LINKE angesichts der Millionen Flüchtlinge weltweit, die gern nach Deutschland kommen würden, nicht ab einem gewissen Punkt anerkennen, dass alles, was wünschenswert wäre, möglicherweise nicht zu leisten ist?**

**S.W.:** Jeder weiß, dass es keine Lösung sein kann, die vielen Millionen verzweifelt Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Krieg, Umweltzerstörung, Armut und Gewalt sind, nach Deutschland zu holen. Wir brauchen deshalb endlich eine ver-

antwortungsbewusste Politik, die die Fluchtursachen bekämpft und keine Bundesregierung, die die Genehmigung der Waffenexporte nach Saudi Arabien verdreifacht.

**D.B.:** Aktuell holen uns die Folgen einer falschen Politik ein. Menschen wollen dort leben, wo sie ihre Wurzeln haben. Dass das überall unter menschenwürdigen Bedingungen geschehen kann, muss erstes Ziel der Politik sein. Millionen flüchten doch nicht, weil sie klapprige Autos fahren, sondern um das bloße Leben zu retten,

weil sie nicht wissen, wie sie ihre Kinder satt bekommen.

**Bei immer mehr Bürgerinnen und Bürgerinnen verfestigt sich der Eindruck, dass die gesellschaftliche Entwicklung nur eine Richtung kennt: Die Ungleichheit vergrößert sich, Reiche werden immer reicher, alles geht weiter wie immer. Wie lässt sich den Menschen noch glaubhaft vermitteln, dass es auch anders geht?**

**D.B.:** Dieser Eindruck spiegelt die Wirklichkeit. Kinder- und Altersarmut steigen in Deutschland, die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich. Leider ist es gut nachzuvollziehen, wenn viele Menschen an den Chancen für Alternativen zweifeln. In Deutschland wird ein Anwachsen prekärer Beschäftigung als Jobwunder verkauft. Die griechische Syriza-Regierung wird erpresst und geknebelt, wenn sie einen anderen Weg einschlagen will. Andererseits gibt es auch Erfolge linker Politik. Ohne unser beharrliches Drängen gäbe es vermutlich noch immer Praxisgebühren und keinen Mindestlohn. Wir wollen das Ziel des demokratischen Sozialismus nicht aus dem Auge verlieren, aber natürlich hier und heute Verbesserungen erreichen.

**S.W.:** Das Wichtigste ist, dass wir selbst glaubwürdig bleiben, und die Menschen davon überzeugen, dass wir eine bessere Politik in der Regierung auch umsetzen würden. Immer mehr Menschen resignieren, weil die von ihnen Gewählten ihre Wahlversprechen brechen und sie das Gefühl haben, durch ihre Stimme oder ihre Aktivität nichts ändern zu können. Das beste Mittel gegen diese Resignation sind gemeinsam erkämpfte Erfolge. Dietmar hat einige genannt. Auf die müssen wir noch öfter hinweisen.

# Stopp TTIP, CETA und CITA

Unter diesem Motto kamen am Sonnabend, dem 10.10.2015 Tausende aus allen Teilen der BRD zu einer gemeinsamen Kundgebung und Demonstration zusammen. Auch wir hatten uns, schon lange bevor feststand, dass Busse aus den Städten des Landkreises nach Berlin fahren würden, diesen Termin fest vorgemerkt. Warum? Weil erstens nur die Willensbekundung sehr vieler Menschen auf die Bundesregierung Eindruck machen kann, die anstehende Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Kanada nicht vorzunehmen sowie die Verhandlungen mit den USA zu stoppen. Zweitens gibt es viele Gründe, diese Freihandelsabkommen abzulehnen. Jeder, der an den Kundgebungen teilnahm, hatte sicher eigene Prioritäten. Sehr häufig wurden Plakate gezeigt gegen Chlorhühnchen und Genfood, aber auch gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, für demokratische Mitbestimmung, gegen den gläsernen Bürger (Datenschutz), für regionale Landwirtschaft, gegen den Kauf von Landwirtschaftsflächen durch Konzerne, für Mindestlohn und Arbeitnehmerrechte, für Umweltschutzstandards, gegen Fracking u.s.w. Dabei ist das Verfahren an sich

schon undemokratisch, weil die gewählten Gremien außen vor bleiben. Die bisher zugänglichen Informationen sind nur „durchgesickert“.

Die vorbereiteten Abkommen werden in viele Lebensbereiche der Bürger sowohl der EU als auch der USA eingreifen, und die Berichte über die Lobbyarbeit der transnationalen Konzerne in Brüssel und den USA zeigen, dass diejenigen, welche das zukünftige Freihandelsgebiet als „Wirtschaftsnato“ oder neoliberale Offensive benennen, die Probleme auf den Punkt bringen. Wenn das in der EU akzeptierte Vorsorgeprinzip (Es muss bewiesen werden, dass ein Verfahren oder Produkt verbraucher- oder umweltverträglich ist, bevor es eingeführt wird.) abgelöst wird durch das in den USA übliche Herangehen (Es muss bewiesen werden, dass ein Produkt oder Verfahren umwelt- oder verbraucher-schädlich ist, ehe es vom Markt genommen wird.), kann es schon zu spät sein. Folgekosten und Lasten dieses Herangehens trägt immer die Allgemeinheit. Manche versuchen damit zu beruhigen: Die in der EU bisher erkämpften Rechte blieben erhalten. Doch die Welt verändert sich und muss sich

auch verändern (Auch wenn einige sich eingekuschelt haben in ihrer Nische). Problemlösungen sollen auf ihre Nützlichkeit (Maßstab: Gewinnmaximierung) für die Konzerne und Banken geprüft werden. Bisher hatten deren Lobbyisten nur informellen Einfluss auf Regierungsentscheidungen. Zukünftig sollen sie in Regulierungsbeiräten mitbestimmen. Das Wohl der Allgemeinheit verursacht Kosten, also soll es noch weiter hinten angestellt werden. Wenn das alles so umgesetzt wird, wie es geplant wurde, hilft nur noch eine Revolution, die Gesellschaft zu verändern oder sie geht unter.

Hat die Bundesregierung nun die Reißleine gezogen? Nein, von ihrer Seite und der Seite der Wirtschaftsverbände (z.B. BDI) hörte man nur, man müsse über das Anliegen der Abkommen mehr aufklären und besser dafür werben. Ansonsten tritt die ganze öffentliche Diskussion hinter die Flüchtlingsproblematik zurück. Dabei ist diese auch nur Ausdruck für die Schiefelage der Welt. Ich höre Gernot Hassknecht vor meinem inneren Ohr brüllen: Hat man euch denn allen ins Gehirn gesch... ?!

*Angelika Trench, BO Bernburg-Strenzfeld*

## Großdemo gegen TTIP und CETA

Am 10. Oktober fuhren einige Genossen zusammen mit Gewerkschaftern und interessierten Bürgern aus dem Salzlandkreis nach Berlin, um an der seit Monaten geplanten großen Demonstration gegen die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada teilzunehmen. Die Erwartungen waren groß, aber was uns in Berlin erwartete, damit rechnete niemand. Etwa 250.000 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung reisten mit 600 Bussen und 5 Sonderzügen aus ganz Deutschland an. Für mich persönlich war es sehr beeindruckend, dass sich so viele Menschen für dieses Thema interessieren und zum gemeinsamen friedlichen Protest auf die Straße gingen. Eine hohe Anzahl davon waren junge Leute, denen ihre Zukunft nicht egal ist und Eltern mit ihren Kindern. Die Demo-Route führte vom Hauptbahnhof zur Friedrichstraße, dann vom Brandenburger Tor über die Straße des 17. Juni bis zur Siegessäule, wo die Abschlussveranstaltung stattfand.

Gewerkschafter, Umweltaktivisten, Sozialverbände, Verbraucherorganisationen und Politiker verschiedener Parteien protestierten gegen diese Abkommen und verlangten vor allem Transparenz bei den Verhandlungen, denn die Bevölkerung ist durch die Geheimniskrämerei der Verhandlungspartner verunsichert. TTIP, CETA und auch TISA (als Dienstleistungsabkommen) sind sehr komplex und betreffen nahezu alle Lebensbereiche, u. a. durch die Unterwanderung unserer guten Le-



*Foto: privat, GenossInnen aus dem Salzlandkreis auf der großen TTIP-Demo*

bensmittel- und Umweltstandards, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte oder die Zerstörung unserer Kulturlandschaft durch den Druck großer amerikanischer Konzerne. Damit sollen wesentliche Errungenschaften der Demokratie der Europäischen Union untergraben und die Macht der Großkonzerne und Banken gestärkt werden. Dagegen wehrten

sich an diesem Tag so viele Menschen, dass die Verantwortlichen den Protest nicht ignorieren können und jetzt endlich handeln müssten. Ich bin froh dabei gewesen zu sein, denn diese Demonstration in ihrer bunten Vielfalt bleibt für alle ein unvergessliches Erlebnis.

*Elke Rehmann, Mitglied im Kreisvorstand*

# LINKE-Vorstand im Salzlandkreis neu gewählt

Zur 13. Kreisversammlung der Salzlandkreis-LINKEN am 3. Oktober in Schönebeck standen turnusgemäß Rechenschaftslegung und Neuwahl des Kreisvorstands sowie weitere Wahlen auf dem Programm. Dazu hatten sich 64 Mitglieder und vier Gäste in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität versammelt. Nach der Begrüßung durch die Ortsverbandsvorsitzende Christa Beier mit einigen Informationen zur Struktur und Arbeit des Ortsverbands und der Konstituierung der Versammlung nahm der Kreisvorsitzende Lothar Boese das Wort. Er informierte über den aktuellen Mitgliederbestand und ging auf verschiedene Punkte der Arbeit des Kreisvorstands in den zurückliegenden zwei Jahren ein. Mit 383 Mitgliedern in zwölf Ortsverbänden und elf Basisgruppen ist der Kreisverband Salzlandkreis nach Halle und Magdeburg der drittstärkste Regionalverband der LINKEN in Sachsen-Anhalt. Allerdings würden aktuell 39 Mitglieder bzw. 9 Prozent weniger als vor zwei Jahren gezählt. Der Negativtrend in der Mitgliederentwicklung habe sich gegenüber früheren Jahren jedoch abgeschwächt. Im gleichen Zeitraum gab es 25 Neueintritte, deutlich mehr als in der Wahlperiode zuvor. Boese forderte, sich um die Neuen mehr zu kümmern, da es vorgekommen sei, dass sie die Partei nach einiger Zeit wieder verlassen hätten. Er dankte den Kreisvorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit, insbesondere denen, die nach langjähriger Mitarbeit nicht wieder kandidierten. Insbesondere würdigte er die 25-jährige ehrenamtliche Tätigkeit von Friedrich Schütz aus Bernburg als Kreisvorstandsmitglied, stellvertretender Kreisvorsitzender, Beauftragter für politische Bildung und Redaktionsmitglied bzw. verantwortlicher Redakteur der LINKEN Zeitung. Stellvertretend auch für die anderen Ausscheidenden wurde Friedrich mit einem Blumenstrauß geehrt und verabschiedet.

Im politischen Teil seiner Rede ging Lothar Boese auf die aktuelle Flüchtlingssituation ein. Auch unter Mitgliedern der LINKEN gebe es Besorgnis und Zweifel, die ernst genommen werden müssten. Dabei dürfe man sich aber nicht mit Bedenkenträgern von national-konservativer Seite oder gar Hetzern vom rechten Rand gemein machen. Die Belastungen in Deutschland relativierten sich angesichts der Gesamtzahl der Flüchtlinge vor Kriegen oder bewaffneten Konflikten weltweit (60 Millionen), die größtenteils in den eigenen oder Nachbarländern Zuflucht suchten. In Syrien sei mittlerweile mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf der Flucht, der allergrößte Teil im eigenen Land. In dem kleinen Nachbarland Libanon mit sechs Millionen einheimischer

Bevölkerung kommt auf vier Einwohner je ein Flüchtling. Die reiche und große Bundesrepublik stehe vor Herausforderungen, aber keinesfalls vor einer Überforderung oder gar Katastrophe. Diese finden anderswo statt, zum Beispiel in den Kriegsgebieten oder im Mittelmeer, in dem dieses Jahr schon 3000 Menschen ertrunken seien.

In der Aussprache kritisierte MdB Jan Korte als Gast die Bundesregierung für die völlig unzureichende Finanzausstattung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Alle Zusatzkosten müssten vom Bund übernommen werden, so ein Antrag der Bundestagsfraktion. Im Übrigen solle man sich davor hüten, die Schwachen gegen die ganz Schwachen auszuspielen. Auf Initiative der Ortsvorsitzenden Christa Beier wurde ein Spendenglas herumgereicht, in dem bis zum Ende der Versammlung knapp 300 Euro zur Unterstützung der Flüchtlingsarbeit im Salzlandkreis gesammelt wurden. Über die konkrete Verwendung wird der Kreisvorstand entscheiden. In der weiteren Diskussion ging es unter anderem auch um den Austritt von Ralf-Peter Schmidt, stellvertretender Kreistagsfraktionsvorsitzender der LINKEN, aus der Stadtratsfraktion in Staßfurt und seinen Übertritt in die Fraktion Unabhängige Bürgervertretung von Staßfurt, der von Teilnehmern der Versammlung kritisiert, von ihm selbst aber verteidigt wurde.

Bei den folgenden Wahlen zum Kreisvorstand und zur Kreisfinanzrevisionskommission, bei denen ohne Gegenkandidaten jeweils so viel Kandidierende zur Verfügung standen, wie auch zu wählen waren, wurden alle Bewerberinnen und Bewerber mit mindestens 75 bis über 90 Prozent der Stimmen gewählt (s. Kasten). Petra Giest als alte und neue Kreisschatzmeisterin erhielt sogar 95 Prozent. Neuer stellvertretender Kreisvorsitzender für die Region Bernburg ist Jörg Lemmert, der die Funktion von Friedrich Schütz übernommen hat. Ein Platz (weiblich) im Kreisvorstand musste unbesetzt bleiben, weil keine Kandidatin mehr zur Verfügung stand. Bei den Wahlen zum Landesausschuss und den Delegierten zum Bundesparteitag gab es mehr Bewerber als zu vergebende Mandate. Die in der Übersicht aufgeführten Kandidaten erhielten jeweils die höchsten Stimmzahlen. Am Nachmittag im Anschluss an die Kreisversammlung hatten die Mitglieder in einer



Foto: privat, Der neue Kreisvorstand

besonderen Versammlung noch zwölf Vertreterinnen und Vertreter für die Landesvertreterversammlung zu wählen, die Mitte November in Staßfurt die Landeswahlliste zur Landtagswahl aufzustellen hat. (Red.)

## **Kreisvorstand**

### **Vorsitzender:**

Lothar Boese (BBG)

### **Stellvertreter/innen:**

Christa Beier (SBK)  
Nicola Hoppe (ASL)  
Jörg Lemmert (BBG)  
Klaus Magenheimer (SFT)

### **Kreisschatzmeisterin:**

Petra Giest

### **Mitglieder:**

Manfred Bölke (Güsten)  
Sabine Dirlich (SBK)  
Bianca Görke (SFT)  
Hans-J. Hedermann (ASL)  
Siegfried Mahlfeld (SFT)  
Angelika Müller (SBK)  
Siegfried Nietardt (ASL)  
Ralf Prozell (BBG)  
Elke Rehmann (BBG)  
Diana Sims (Güsten)  
Thorald Windt (SFT)

### **Kreisfinanzrevisionskommission**

Eberhard Balzer (BBG)  
Hans-Jürgen Berg (BBG)  
Jana Lankau (BBG)

### **Mitglieder im Landesausschuss**

Petra Giest (BBG)  
Ernst-Hermann Brink (Güsten)

### **Delegierte zum Bundesparteitag**

Birke Bull (Halle)  
Sabine Dirlich (SBK)  
Lothar Boese (BBG)  
Tobias Pochanke (Güsten)

# Die Welt ist aus den Fugen

Am 19. Oktober fand in der „Alten Molkelei“ in Bernburg eine Vortragsveranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, Dr. André Brie statt. Er war schon mehrmals auf Einladung von Friedrich Schütz unser Gast, zum ersten Mal im September 1992. André Brie bedankte sich deshalb bei Friedrich Schütz für sein langjähriges Engagement bei der Organisation der Bildungsveranstaltungen. Eigentlich sollte es die letzte Veranstaltung für Friedrich Schütz werden, da er den Staffelnstab an jüngere Genossen weiterreichen wollte. Aber erfreulicherweise nahm er seine Entscheidung zurück und wird uns hoffentlich noch recht lange zur Verfügung stehen, denn die von ihm organisierten Veranstaltungen sind eine Bereicherung für unseren Kreisverband.

Ein Grund für die Ausführungen André Bries zum Thema „Die Welt ist aus den Fugen“ sind die aktuell sehr hohen Zahlen Geflüchteter. Die damit verbundenen Herausforderungen sind überall zu spüren: Flüchtlinge müssen untergebracht, versorgt und integriert werden. Das bedeutet für alle Beteiligten eine große Anstrengung, für die Leute die hier wohnen, aber auch für die Menschen, die zu uns kommen. Bei aller Hilfsbereitschaft dürfen aber auch die Menschen aus ungünstig gelegenen Regionen Deutschlands und die sozial Schwachen nicht ausgegrenzt werden.



Foto: privat, André Brie war erneut in Bernburg zu Gast/Tag der Regionen

In anderen Regionen, wie z. B. auf dem Balkan oder in Afrika ist die Welt schon seit längerem aus den Fugen. Eine große Rolle für die Kriegshandlungen spielen dabei die unterschiedliche Herkunft, Kulturen und Religionen. Um nicht verwundet oder getötet zu werden, müssen die Menschen ihre Heimat verlassen. Sehr viele fliehen aber nicht ins sichere Ausland, sondern flüchten innerhalb ihres Landes, bleiben z. B. in Syrien, Irak oder der Ukraine. Sehr viele Flüchtlinge hat in letzter Zeit die Türkei aufgenommen, sie bekommt dafür Geld von den EU-Mitgliedsstaaten. Die Türkei selber bekämpft aber auch auf ihrem Gebiet ein Volk ohne Staat: die Kurden. Diese leben auch in Syrien, Iran und dem Irak und wollen ein unabhängiges Kurdistan durchsetzen.

Auch das birgt eine Gefahr für den Weltfrieden, denn wir wissen nicht, wie sich dieser Konflikt in Zukunft entwickelt.

A. Brie betonte, dass die europäischen Großmächte in Bezug auf den Flüchtlingsstrom Verantwortung übernehmen müssen. In den letzten Jahren wurden in den Kriegsstaaten etwa 10 Millionen Menschen ermordet, mitverursacht durch die Politik des Westens. Deshalb ist es in erster Linie sehr wichtig, die Rüstungsexporte zu beenden und eine langfristige nachhaltige Politik zu machen. In den letzten Jahren ist die weltweite Abrüstung zum Erliegen gekommen, zum Teil wird wieder aufgerüstet, aber die bisherigen Erfolge, die es zum Thema Abrüstung gab, hat die Zivilgesellschaft mit ihren Protesten durchgesetzt. Mit öffentlichem Druck kann man also etwas erreichen...

Es wird auch in den nächsten Jahren Kriege geben, diese Tatsache können wir nicht ändern, aber die Politik muss verstärkt versuchen, die Ursachen zu bekämpfen. Die UNO und OSZE müssen gestärkt werden, denn um in den Kriegsgebieten Stabilität zu erreichen, geht es nicht ohne Dialog, Zusammenarbeit und Internationalität. Nach dem Vortrag unseres Gastes wurde die Möglichkeit der Diskussion von den Teilnehmern rege genutzt. Die Redebeiträge waren sehr differenziert und problemorientiert.

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende in Bernburg

## TTIP-Veranstaltung zusammen mit der IG Metall

„TTIP, kurz Freihandelsabkommen, was ist das, wozu brauchen wir das, was ergibt sich daraus für uns?“ Antwort auf diese Fragen gab der Referent Patrick Schreiner von der Friedrich-Ebert-Stiftung bei einer gemeinsamen Veranstaltung der IG Metall und der LINKEN am 05.10.2015. Als weitere Gäste wurden Siegfried Stegner vom DGB und Torsten Hans, Direktkandidat der LINKEN für den Wahlkreis Schönebeck zur Landtagswahl begrüßt. Der Referent ging darauf ein, dass TTIP die Gemüter erhitzt und derartige Abkommen schon in der Vergangenheit zivilgesellschaftlichen Protest hervorgerufen haben. Im Gegensatz zu den versprochenen Globalisierungseffekten und dem Hinweis, dass soziale und ökologische Standards durch das Freihandelsabkommen nicht gesenkt werden, wird das Gegenteil der Fall sein. Soziale Sicherungssysteme werden abgebaut, immer weitere Bereiche der Daseinsvorsorge werden privatisiert, die Rechte und Löhne der Beschäftigten werden unter Druck gesetzt sowie Niedriglohnssektoren geschaffen.



Foto: privat, Diskussion zu TTIP bei der AWO in Schönebeck

Ziel der Ausweitung des internationalen Handelns sollte es sein, den Wohlstand zu erhöhen. Es gibt die verschiedensten Theorien über Mechanismen, um über Freihandel zusätzlichen Wohlstand zu erreichen. Der Referent zeigte auf, dass die Unternehmen in Konkurrenzsituationen nicht immer auf höhere Innovationskraft und höhere Produktivität setzen, sondern durch Senkung der Löhne, der Steuern, der Lohnnebenkosten, durch Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Ar-

beitszeiten sich Vorteile gegenüber der inländischen- und ausländischen Konkurrenz verschaffen wollen. Im Herbst tritt die Auseinandersetzung um TTIP und CETA in die heiße Phase.

Der Referent forderte dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass der internationale Handel allen nutzen muss und nicht zu Lasten der Beschäftigten, der Umwelt oder der Verbraucher geht. Es wurde deshalb aufgerufen, am 10.10.2015 an der Demonstration in Berlin, die u.a. von der IG Metall organisiert wird, teilzunehmen.

In der anschließenden Diskussion wurden Ängste darüber ausgedrückt, dass die Rechte der nationalen Parlamente eingeschränkt werden, öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden können, sich die Lage der Arbeitnehmer weiter verschlechtert. Deshalb muss die Diskussion noch mehr in die Breite gehen und es müssen sich viel mehr BürgerInnen dafür interessieren, denn es betrifft uns alle.

Christa Beier, Ortsvorsitzende in Schönebeck und IG Metall-Mitglied

## Vorläufige Auswertung des Mitglieder- und Finanzbereiches für die Regionen des Salzlandkreises

Zum Jahresbeginn 2015 hatten wir insgesamt 398 Mitglieder, davon 172 weibliche und 226

männliche. Durch Austritte, Wegzüge, Streichungen und Tod verringerte sich unsere Mitgliederzahl auf 383, 169 weibliche und 214 männliche. Diese und die nachfolgenden Angaben entsprechen dem Stand am 30.09.2015.

Aufgegliedert sieht es wie folgt aus: Aschersleben 68 Mitglieder, Bernburg 125 Mitglieder, Schönebeck 90 Mitglieder, Staßfurt 100 Mitglieder.

Der Landesfinanzrat hat für das Jahr 2015 eine Zuführungssumme von 50.274 Euro vorgegeben.

Unsere bisher erreichte Summe liegt bei 46.109,89 Euro, das sind 91,72%. Im Kreisvorstand wurde eine Summe von 54.686,48 Euro beschlossen, hier liegen wir bei 83,84%. Bei den Spenden haben wir eine Erfüllung von 110,25 % und bei den Mandatsträgern 122,48 %.

In den Regionen sieht es sehr unterschiedlich aus: Bleiben wir bei den Beiträgen so liegt Schönebeck mit 111,02 % an erster Stelle, Bernburg mit 98,21 % an zweiter Stelle, Aschersleben mit 97,52 % an dritter

Stelle und Staßfurt mit 64,25 % an vierter Stelle.

Sehen wir uns die Spenden an, ändert sich die Reihenfolge: Staßfurt 132,62 %, Bernburg 119,58 %, Schönebeck 117,71 %, Aschersleben 39,90 %.

Von den gewählten Mandatsträgern zahlen leider nur 45 einen Mandatsträgerbeitrag, von diesen

45 sind es 4 in der Region Aschersleben, 15 in der Region Bernburg, 6 in der Region Schönebeck, 20 in der Region Staßfurt. Sie haben dafür gesorgt, dass unsere Plansumme mit 122,48 % erfüllt ist. Trotzdem sollte mit jedem einzelnen Mandatsträger das Gespräch geführt werden und darauf hingewiesen werden, dass diese Gelder in die nächste Wahlunterstützung fließen.

Leider haben wir im Moment wieder 9 Mitglieder mit Beitragsrückstand. 3 Mitglieder im OV Bernburg, 3 Mitglieder im OV Schönebeck, 3 Mitglieder im OV Staßfurt.

Wird die Beitragszahlung unterbrochen, muss immer ein neues Lastschriftformular ausgefüllt und eingereicht werden. Hier erwarte ich mehr Unterstützung von den jeweiligen Vertretern der Regionen

im Kreisvorstand durch schnellstmögliche Zustellung der von mir übergebenen Unterlagen.

Bis spätestens zum 31.12.2015 sollte jedes Mitglied seine Beitragszahlung überprüfen und gegebenenfalls nach der neuen Tabelle angleichen. Die 15 Barzahler sollten dazu übergehen, den Beitrag abbuchen zu lassen um eine termingerechte Zahlung zu sichern.

Der Beitragssatz von 1,50 Euro steht nur noch den Mitgliedern zur Verfügung, die Transferleistungen erhalten. Alle neuen Mitglieder, die bis zum Jahresende eintreten, entrichten natürlich ihren Beitrag nach der neuen Beitragstabelle.

Zum Schluss möchte ich alle Mitglieder bitten, Veränderungen, z.B. Adressenänderung, unverzüglich zu melden, ansonsten kommt es zu Unregelmäßigkeiten bei der Führung unseres Mitgliederprogramms.

Die angegebenen Beträge und somit auch die Prozentzahlen sind nicht verbindlich, es wurde der gebuchte Stand vom 30.09.2015 zugrunde gelegt.

*Petra Giest, Kreisschatzmeisterin*

## Erstes Frühstück mit LINKS in Staßfurt



Foto: privat, Die Frühstücksgäste im Staßfurter Büro

Die Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG, Sabine Dirlich, und die Landtagsabgeordnete, Bianca Görke, haben gemeinsam am Mittwoch, den 21.10.15, zum ersten Frühstück mit LINKS in Staßfurt geladen. Die Einladung richtete sich an alle Menschen, welche sich in prekären Lebenssituationen befinden. Dies können sowohl Rentner mit geringer Rente, als auch Arbeitslosengeld II-Beziehende oder Geflüchtete sein. Ziel war es bei einem gemeinsamen Frühstück sich kennenzulernen, Barrieren abzubauen

und im direkten Dialog mit Sabine Dirlich und Bianca Görke die persönlichen Sorgen und Probleme anzusprechen, um gemeinsam Lösungsansätze zu finden.

Insgesamt nahmen 15 Menschen diese Einladung an und so wurden bei frischen Brötchen, Kaffee und Bioeiern die aktuelle Politik, aber auch verschiedene regionale Probleme ausgiebig diskutiert. Aufgrund der eigenen Lebenssituation stand bei einigen Gästen insbesondere die Problematik der Renten im Fokus der Diskussion. Die noch immer vorhandene Ungleich-

heit bei Ost- und Westrenten und auch die allgemeine Entwicklung der Renten wurden dabei gleichermaßen thematisiert. Ein weiterer Teilnehmer trat hingegen mit einem ganz konkreten Problem zu seinem SGB-II-Bescheid an die Abgeordneten heran. In einem separaten Einzelgespräch konnte Bianca Görke dieses mit dem Betroffenen klären. Die Akteure des Aktionsbündnisses für Soziale Gerechtigkeit (ASG) hatten sich gründlich auf das Frühstück vorbereitet und berichteten Sabine Dirlich über verschiedene Probleme in den örtlichen Jobcentern im Salzlandkreis. Sich umfängliche Notizen machend, versprach Sabine Dirlich diese Probleme im nächsten Betriebsausschuss des Jobcenters anzusprechen und auf eine Behebung dieser einzuwirken.

Das allgemeine Fazit der Frühstücksrunde war: Es war eine durchweg angenehme Erfahrung und eine Wiederholung wäre wünschenswert. Damit kann das erste Frühstück mit LINKS in Staßfurt durchaus als ein kleiner Erfolg gewertet werden. Den netten Aufforderungen folgend, wird es natürlich ein zweites Frühstück mit LINKS geben. Dieses findet am Montag, den 07.12.15, ab 10:00 Uhr in der Löderburger Straße 94 in Staßfurt statt.

*Henriette Krebs, Fraktionsassistentin*

## Manfred Bölke ist neuer Vorsitzender der LINKEN Saale-Wipper

DIE LINKEN des Ortsverbandes Saale-Wipper kamen zum Ende der zweijährigen Amtszeit ihres Vorstandes in Ilberstedt zusammen, um denselben zu entlasten und einen neuen zu wählen. Der bisherige Vorsitzende, Tobias Pochanke, zog Bilanz und informierte über die Ereignisse der letzten beiden Jahre. Er dankte den anderen Mitgliedern des Ortsvorstandes für die vertrauensvolle und gewinnbringende Zusammenarbeit, bei den Vorbereitungen, Durchführungen und Nacharbeiten der zahlreichen Veranstaltungen, wie Neujahrsempfänge, Frauentagsfeiern, Sommerfesten, Maifeiern und Weihnachtsaktionen „Kinder statt Spekulanten beschenken!“. Und weiter führte Pochanke auf: „In diesem Jahr führten wir außerdem zum Tag der Befreiung eine Buchlesung zum Leben von „Walter Munke“, einem Kommunisten und Spanienkämpfer aus Güsten, durch. Mit Daniel Wernecke beteiligten wir uns im September 2015 mit einem würdigen Kandidaten an der Bürgermeisterwahl in Alsleben, setzten eigene Themen und konnten unsere Wählerinnen und Wähler in Alsleben auch weiterhin an uns binden.“ Der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper organisierte für seine Mitglieder und SympathisantInnen Schulungen und Weiterbildung zu verschiedenen Themen. Zuletzt besuchten sie ihre Partnerorganisation, den LINKEN Kreisverband Leer in Ostfriesland und tauschten dort Erfahrun-



Foto: privat, Der neue Ortsvorsitzende Manfred Bölke

gen aus.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Landesparteitag der LINKEN in Staßfurt am 10. Oktober ausgewertet. Die Genossen von Saale und Wipper hatten einen eigenen Änderungsantrag zum Landtagswahlprogramm eingebracht, wonach Tierversuche verboten werden sollten und eine LINKE Landesregierung nach der Wahl eine entsprechende Bundesratsinitiative starten sollte, sowie Fördermittel des Landes nur für tierversuchsfreie Forschung ausgegeben werden sollten. Verschiedene Studien belegen, dass über 90 Prozent der Medikamente, die aufgrund von Tierversuchen am Menschen angewendet werden, eine andere (negative) oder gar keine Wirkung entfalten.

Der Antrag scheiterte auf dem Landesparteitag. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen-Anhalt, der zu vielen Änderungsanträgen Kompromissbereitschaft zeigte, bot bedauerlicherweise ihren Genossen aus Saale-Wipper erst nach der Abstimmung ein Gespräch an. „Zu spät.“ wie Pochanke resümierend feststellte.

Für den neuen Ortsvorstand, der wieder für zwei Jahre die Geschicke des Ortsverbandes leiten soll,

wurden Manfred Bölke als Vorsitzender, Ernst-Hermann Brink als Stellvertreter, Lars Lehmann als Pressesprecher, Diana Sims und Daniel Wernecke als Beisitzer jeweils einstimmig gewählt.

Die Mitglieder des Ortsverbandes waren sich einig, dass sie die traditionellen Veranstaltungen auch weiterhin durchführen werden. Dazu zählen in naher Zukunft das Gedenken an die Opfer des Holocaust am 9. November auf dem jüdischen Friedhof in Güsten, die Weihnachtsfeier, die Weihnachtsaktion „Kinder statt Spekulanten beschenken!“ und der Neujahrsempfang 2016.

Ernst H. Brink, stellv. Vorsitzender  
DIE LINKE Saale-Wipper

## Zu Besuch bei Freunden

LINKE des Ortsverbandes Saale-Wipper führen anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit zu ihren Partnern in den ostfriesischen Landkreis Leer. Dabei besuchten sie zunächst gemeinsam die Gedenkstätte Esterwegen, auf dessen Gelände einst eines der ersten Konzentrationslager des faschistischen Deutschlands errichtet wurde und Wolfgang Langhoff als Häftling das bekannte Lied von den Moorsoldaten schrieb.

Am Nachmittag wurden die Gäste aus dem Salzlandkreis von Ursula Stevens-Kimpel (Mitglied des Kreisvorstandes der LINKEN in Leer) zu Kaffee und selbst gebackenen Kuchen eingeladen. Bei einem Stadtrundgang durch die historische Altstadt und das Hafengelände erläuterte Stevens-Kimpel viel über die Entstehung der verschiedenen christlichen Kirchen, die Geschehnisse während des Nationalsozialismus und der damit verbundenen Verfolgung der Juden in Leer.

Zum Abend lieferten sich der Ortsvorsitzende der Saale-Wipper-LINKEN Tobias Pochanke mit dem LINKEN Gemeinderat aus Rhaderfehn Martin Sauer noch ein Kochduell, bevor in geselliger Runde ge-

meinsam ein reichhaltiges Abendessen eingenommen wurde. Außerdem wurden noch kommunal- und parteipolitische Erfahrungen ausgetauscht, sowie über die Verletzung von Arbeitnehmerrechten, unter anderem in der Meyerwerft in Papenburg, diskutiert.

Während die Wahlergebnisse der Westlinken zwar noch nicht an die der Ostlinken heranreichen,

so kann DIE LINKE im Landkreis Leer stolz auf eine aktive und sich wöchentlich treffende Ortsgruppe des Jugendverbandes „solid“ sein. Bei Rotwein, Gitarrenspiel und gemeinsamen Gesang ließen Gäste und Gastgeber den Abend gemütlich ausklingen. Zum Abschied nahmen einige der Gäste aus Güsten am anderen



Foto: privat, DIE LINKE Saale-Wipper in Leer

Morgen noch ein Bad in der 15 Grad warmen Nordsee. Bereits im nächsten Jahr wollen die Saale-Wipper-LINKEN den Kommunalwahlkampf der Ostfriesen tatkräftig unterstützen.

Manfred Bölke, Vorsitzender DIE LINKE  
Saale-Wipper

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
November  
recht herzlich**

Zum 96. Geburtstag  
Ruth Schneider

Zum 92. Geburtstag  
Dora Lochmann

Zum 91. Geburtstag  
Heinz Adam  
Walter Apel

Zum 83. Geburtstag  
Hans-Jürgen Beu

Zum 82. Geburtstag  
Ruth Weiß

Zum 81. Geburtstag  
Karl Dietrich

Zum 75. Geburtstag  
Gabriele Maiberg  
Joachim Krüger

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
November Geburtstag haben**



**„Kaffee mit Links“**

Am 11.11.2015 ab 16 Uhr gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am 18.11.2015 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

Das nächste **Erwerbslosenfrühstück** in Bernburg findet am 30.11.2015 ab 10 Uhr im Bürgerbüro von MdL Birke Bull und MdB Jan Korte statt.

**Inklusion in der Schule -  
Erfahrungen, Rahmenbedingungen  
und Perspektiven**

Erfahrungsaustausch für Eltern, Lehrkräfte, pädag. Fachkräfte und SchulsozialarbeiterInnen. U.a. mit Birke Bull (MdL), Torsten Sielmon (Behinderungenbeauftragter) und Petra Czuratis (Bildungsdezernentin). Am 23.11.2015 ab 15:30 Uhr im Campus Technicus Bernburg.

**Gedenken zum 77. Jahrestag  
der Reichspogromnacht**

DIE LINKE Saale-Wipper ruft alle Bürgerinnen und Bürger am 09.11.2015 um 16 Uhr zur Gedenkveranstaltung auf dem Jüdischen Friedhof in Güsten auf.

**VertreterInnenversammlung zur  
Aufstellung der Liste  
zur Landtagswahl**

DIE LINKE Sachsen-Anhalt stellt die Liste zur Landtagswahl 2016 am 14.11.2015 und 15.11.2015 im Salzlandcenter in Staßfurt auf.

**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Heiner Bläss**

OV Aschersleben  
Kreisvorstand



**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Karl Güllmeister**

OV Schönebeck  
Kreisvorstand



**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/  
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am 16.11.2015 ab 18:00 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro. Bereits ab 16 Uhr sind alle Interessenten zu einer öffentlichen Bürgersprechstunde im Fraktionsbüro eingeladen.

**Weihnachtsbasteln mit MdL Bianca  
Görke und MdL Sabine Dirlich**

Am 25.11.2015 ab 15 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro.



**Danke,  
Gregor!**

Wir machen was draus.  
Versprochen!

**DIE LINKE.**

**Mitgliederversammlung der  
LAG Hartz IV DIE LINKE  
Sachsen-Anhalt**

Die Landesarbeitsgemeinschaft trifft sich am 05.12.2015 ab 11 Uhr im „Appetit“ in Aschersleben (Heinrich-Heine-Straße 7). Aus organisatorischen Gründen ist eine Rückmeldung dringend erforderlich: e-reinke@web.de

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 23. November 2015. Redaktionsschluss war der 29. Oktober 2015.

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
www.dielinke-salzlandkreis.de  
dielinke-salzlandkreis@t-online.de  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (Vi.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden